



(Nicht offizielle Übersetzung)

Regierungserklärung anlässlich der außenpolitischen
Debatte im Reichstag am 13. Februar 2002

Frau Präsidentin!

Die Welt ist reicher als je zuvor. Mehr Handel, neue Technologien und wissenschaftliche Fortschritte schaffen Wachstum und neuen Wohlstand. Gleichzeitig leben über eine Milliarde Menschen in extremer Armut. Die Hälfte von ihnen sind Kinder.

Es gibt mehr Demokratien auf der Welt als je zuvor. Gleichzeitig empfinden viele Menschen, dass die Macht auf die globale Ebene verschoben worden und schwerer zu beeinflussen ist.

Die Welt schenkt den Menschenrechten mehr Aufmerksamkeit als je zuvor. Gleichzeitig werden Menschen rund um die Welt wegen ihrer politischen oder religiösen Zugehörigkeit, ihres Geschlechts oder ihres ethnischen Ursprungs unterdrückt.

Täglich erfolgen Übergriffe und Ungerechtigkeiten. Aber gleichzeitig macht die Globalisierung sichtbar was geschieht und gibt uns größere Möglichkeiten etwas dagegen zu tun. Für Resultate bedarf es internationaler Zusammenarbeit in allen Bereichen der Politik.

Wir wollen zu einer besseren Welt beitragen. Unsere Forderungen von Menschenrechten, Demokratie und wirtschaftlicher Gerechtigkeit bauen auf den Grundsatz der gleichen Würde aller Menschen.

Eine gerechtere Welt benötigt eine starke UN

Die Vereinten Nationen sind der wichtigste globale Akteur für Gerechtigkeit. Der Nobel Friedenspreis ist ein Beweis für die Glaubwürdigkeit und zunehmende Stärke der Weltorganisation.

Das Millennium-Entwicklungsziel der UN gibt vor, die Armut bis zum Jahre 2015 zu halbieren.

Das verlangt mehr Entwicklungszusammenarbeit, gerechteren Handel und Reformen.

Das verlangt mehr Mittel. Deshalb versammeln sich die UN, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IFW), die Welthandelsorganisation (WTO) und die Wirtschaft im März in Monterrey, um eine neue Zusammenarbeit einzuleiten.

Das verlangt dass wir HIV/Aids stoppen, die weiterhin ganze Gesellschaften auslöschen. Die UN hat eine zentrale Stellung, unter anderem durch UNAIDS, wo Schweden dem Vorstand angehört.

Das verlangt eine nachhaltige Entwicklung durch soziale, politische, wirtschaftliche und ökologische Fortschritte. Deshalb sammelt die UN im September die Leiter der Welt in Johannesburg, um gemeinsam die Zukunftsfragen aufzugreifen.

Und das verlangt einen verstärkten Dialog zwischen Nord und Süd. Die Regierung hat die Parteien des Reichstag und andere engagierte Akteure eingeladen zu der Arbeit beizutragen. Im März wird die parlamentarische

Untersuchungskommission Globkom Vorschläge über eine gesammelte schwedische Politik für globale Entwicklung vorlegen.

Schweden wirkt auch durch die Europäische Union, die eine starke Kraft bei der Arbeit für globale Gerechtigkeit ist. Die Union zeichnet für mehr als die Hälfte der Entwicklungshilfe der Welt, und die Regierung arbeitet nun dafür dass alle Mitgliedsländer Zeitpläne festlegen, wann sie das Ziel der UN von 0,7 Prozent vom Bruttonationaleinkommen für Entwicklungszusammenarbeit erreichen.

Schweden gehört bereits zu den Ländern, die am meisten zur Entwicklungszusammenarbeit beitragen, und unsere Entwicklungshilfe wächst nun weiter auf das Ein-Prozent-Ziel zu. Zwischen den Jahren 2000 und 2004 wird sie um 50 Prozent ansteigen, von 14 auf 21 Milliarden Kronen.

Eine gerechtere Welt baut auf Demokratie und Menschenrechte

Demokratie und Menschenrechte zu fördern ist zentral für Schweden und für die EU. Es handelt sich darum, die gleiche Würde aller Menschen zu verteidigen.

In einer Zeit von globalisierter Wirtschaft, Information und Mobilität ist die Aufgabe wichtiger denn je. Dem heutigen grenzenlosen Markt müssen grenzenlose Werte als Gleichgewicht gegenüberstehen, die auf Demokratie und Menschenrechte bauen.

So gut wie alle Länder stellen sich hinter diese Werte ? auf dem Papier. Aber in der Praxis sehen wir wie die Menschenwürde gekränkt und die Demokratie missachtet wird. In einer Reihe von Ländern haben die Hälfte der Bevölkerung, die Frauen, keine Möglichkeit ihre Stimmen hören zu lassen.

Wenn Schweden dieses Jahr Mitglied der Menschenrechtskommission der UN wird erhalten wir bessere Möglichkeiten, für Demokratie sowie für Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit zu arbeiten. Wir wollen auch die Rechte

von Frauen, Kindern und Behinderten verteidigen und Todesstrafe, Folter, Menschenhandel und Rassismus bekämpfen.

Die Kinder sind am exponiertesten. Deshalb sind die Rechte der Kinder ein zentraler Teil der Arbeit der Regierung. Wir arbeiten dafür, die grausame Sitte der Genitalverstümmelung bei Mädchen abzuschaffen. Schweden ist eine treibende Kraft hinter dem Kindergipfel der UN im Mai, wo die Regierung solchen Kindern ein besonderes Gewicht beimessen wird, die in Kriegszonen leben, auf der Flucht sind, von HIV/Aids betroffen oder Gegenstand sexueller oder sonstiger Ausnutzung sind. Wir haben ein Verbot durchgesetzt, wonach Kinder unter 18 Jahren nicht für Streitaktionen zwangsweise rekrutiert oder angeheuert werden dürfen. Die Regierung wird auch dem Reichstag ein Schreiben vorlegen, wie die Rechte des Kindes die Entwicklungshilfe prägen sollen.

Schweden arbeitet aktiv dafür, den Menschenhandel zu bekämpfen. Die Regierungen der Welt müssen zusammenarbeiten, um diese grobe Kränkung der Würde und Rechte der Menschen abzuschaffen. Die Regierung wird eine Strategie ausarbeiten, wie wir durch unsere Entwicklungshilfe zu dem Kampf beitragen können.

Wir wollen besseren Schutz für Menschen schaffen, die sich in Krisengebieten befinden. Das setzt eine enge Zusammenarbeit zwischen dem humanitären Völkerrecht, den Menschenrechten und dem internationalen Flüchtlingsrecht voraus. Dafür ist auch eine enge Zusammenarbeit zwischen den humanitären Organen erforderlich.

Die Regierung hat im Rahmen des Europarates die Initiative zu einem Totalverbot der Todesstrafe ergriffen. Ein Beschluss wird hoffentlich bereits im Frühjahr gefasst werden. Immer mehr Länder schaffen die Todesstrafe ab, aber leider setzen eine Reihe von Staaten immer noch mit der Anwendung dieser unmenschlichen Strafe fort. Dazu gehören China, Saudi-Arabien, die USA, Iran

und Irak. Das ist unannehmbar. Die Todesstrafe kränkt das Recht des Lebens und gehört nicht in eine moderne Rechtsordnung.

Schweden stärkt jetzt weiterhin seine Arbeit für die Menschenrechte. Die Regierung hat einen nationalen Handlungsplan angenommen, und im Frühjahr öffnet die Kanzlei der Ministerien eine Homepage, wo wir nationale und internationale Information präsentieren und eine Debatte über die Menschenrechte ermöglichen werden.

Eine gerechtere Welt baut auf einen offeneren Welthandel

Der Welthandel braucht neue, gerechtere Spielregeln. Sonst werden die Starken auf Kosten der Schwachen begünstigt. Deshalb hat die EU beschlossen, den 49 ärmsten Ländern der Welt Zollfreiheit auf alle Waren außer Waffen zu gewähren. Deshalb begrüßen wir, dass die neue WTO-Runde von den Bedürfnissen der Entwicklungsländer durchdrungen sein soll, in Übereinstimmung mit der Agenda über die sich alle WTO-Länder im vergangenen Herbst geeinigt haben. Die Entwicklungsländer brauchen insbesondere einen Durchbruch in den Bereichen Landwirtschaft und Lebensmittel, wo ihr Export durch hohe Zölle eingeschränkt wird. Die EU muss durch eine Reformierung ihrer Agrarpolitik beitragen.

Die neue WTO-Runde begünstigt nicht nur die Entwicklungsländer sondern auch den Binnenmarkt der EU, den Ostseeraum und Schweden. Freiere Handelsströme, mehr Investitionen, bessere Exportmöglichkeiten und billigerer Import ermöglichen steigendes Wachstum und mehr Beschäftigung im Heimatbereich. Die WTO-Runde erhöht auch die Möglichkeiten, die Globalisierung zu steuern, da Umweltfragen zum ersten Mal in den Handelsverhandlungen zur Sprache kommen sollen.

Die Welthandelsorganisation wächst schnell. Chinas Mitgliedschaft ist besonders wichtig und trägt hoffentlich zu mehr Offenheit im Lande bei. Die Regierung arbeitet dafür, dass auch Russland so bald wie möglich Mitglied werden kann.

Die Wirtschaft spielt eine wichtige Rolle bei der internationalen Arbeit für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung. Deshalb hat die Regierung schwedische Unternehmen zu einer Zusammenarbeit in Bezug auf die soziale und ökologische Verantwortung der Unternehmen eingeladen. Damit wollen wir die Wirtschaft in einer Partnerschaft für Menschenrechte und eine gesunde Umwelt engagieren.

Eine gerechtere Welt setzt eine gestärkte internationale Rechtsordnung voraus

Die entsetzlichen Terroranschläge des 11. September haben deutlich gemacht, wie verletzlich die offene Gesellschaft ist und welche Drohungen gegen uns alle gerichtet werden können. Deshalb ist es selbstverständlich für Schweden und die EU, mit aller Kraft am Kampf gegen den internationalen Terrorismus teilzunehmen. Der gemeinsame Kampf zeigt die Stärke eines koordinierten Handelns, zeigt aber auch was bei unserer früheren Arbeit gefehlt hat.

Die Notwendigkeit schnell zu handeln darf nicht bedeuten, dass das Recht des Einzelnen gekränkt wird. Sanktionen gegen Personen müssen auf Fakten beruhen und eine Überprüfung ermöglichen. Schweden hat eine erhöhte Rechtssicherheit bei der Anwendung von Sanktionen der EU durchgesetzt und wirkt nunmehr für entsprechende Veränderungen im Sanktionssystem der UN. Die Regierung hat auch die Initiative zu einer internationalen Überprüfung des Sanktionsinstruments ergriffen, die zu Vorschlägen führen soll, wie Sanktionen durchgeführt, überwacht und rechtssicherer gemacht werden sollten.

Schweden begrüßt es, dass später in diesem Jahr das internationale Strafgericht eingerichtet werden soll. Damit erhalten wir ein permanentes und bahnbrechendes Gericht, das Kriegsverbrechen, Völkermorde und Straftaten gegen die Menschlichkeit behandeln kann.

Die Regierung unterstützt die Gerichte der UN für Ruanda und das ehemalige Jugoslawien und hofft, dass das Gericht in Sierra Leone bald etabliert werden kann.

Es ist gut dass mehr Länder sich mit ihrer Vergangenheit beschäftigen. Kriegsverbrechen, Völkermorde und Straftaten gegen die Menschlichkeit müssen bestraft werden. Es ist notwendig, die Rechtsgesellschaft zu verteidigen, neue Taten zu verhindern und Versöhnung zu erleichtern.

Eine gerechtere Welt wird durch eine größere EU begünstigt

Die Europäische Union unternimmt einen historischen Schritt, wenn sie dieses Jahr die Erweiterungsverhandlungen mit den meisten Kandidatenländern abschließen wird. Letztendlich handelt es sich darum, den Grund für Frieden und Demokratie, Wohlstand und Freizügigkeit in Europa zu befestigen. Gleichzeitig müssen wir aufmerksam auf die fremdenfeindlichen Kräfte sein, die sich geltend machen und die Europa gegen die Umwelt abschotten wollen. Die EU muss für Offenheit und Solidarität stehen. In diesem Zusammenhang arbeiten wir für eine Harmonisierung der Migrationspolitik auf Basis des Asylrechts und der Humanität.

Die Erweiterung verbleibt Schwedens erste Priorität bei der EU-Arbeit. Wir unterstützen die Kandidatenländer in ihrer Anpassung an die Forderungen der EU und rechnen damit, die ersten neuen Mitglieder im Jahre 2004 begrüßen zu können. Das ist ein konkretes Resultat von Schwedens Präsidentschaft und dem Gipfeltreffen in Göteborg.

Die Europäische Union befindet sich in Verwandlung. In einigen Jahren ist der Mitgliedskreis fast doppelt so groß und der Binnenmarkt wächst um mehr als 100 Millionen Menschen. Der Euro stellt eine weitere große Veränderung dar. Das schwedische Volk wird in einer Volksabstimmung zur Währungsunion Stellung nehmen.

Mit der Erweiterung der EU wächst auch der Bedarf einer Debatte über ihre zukünftige Entwicklung. Es ist nun an uns, über die Aufgaben der Europäischen Union Einigung zu erzielen und geeignete Formen zu finden, um auch in einer EU mit 25-30 Mitgliedern einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten. Die Diskussion wird zunächst in einem so genannten Konvent stattfinden, muss jedoch auf einer viel breiteren Ebene erfolgen. Die Regierung hat einen parlamentarischen Ausschuss zur Stimulierung der Debatte in Schweden eingerichtet.

Schweden baut nun weiter auf der guten Zusammenarbeit auf, die es während seines EU-Vorsitzes mit den Beitrittskandidaten eingeleitet hat. In einer größeren EU verbinden uns viele gemeinsame Interessen.

Die nordische Zusammenarbeit wird weiter ausgebaut und hat durch die bereits stattgefundenen Einbeziehung der baltischen Staaten eine neue Dynamik erhalten. Auch die nordischen Länder vertiefen ihre Zusammenarbeit innerhalb der EU.

Mit den neuen Nachbarn der EU müssen wir ebenfalls die Kontakte ausbauen. Wir haben ein neues Zusammenarbeitsprogramm mit Mittel- und Osteuropa eingeleitet und wollen den Dialog zwischen der EU und Russland vertiefen. Ein wichtiger Beitrag ist die Stärkung der Möglichkeiten Russlands, ökonomische Integration und Handelsaustausch durch Harmonisierung und Abbau von Handelshemmnissen zu erzielen. Gleichzeitig müssen wir Forderungen aufstellen. Russland muss die freie Meinungsbildung gewährleisten und die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht respektieren – auch in Tschetschenien.

Im Zuge der Zusammenarbeit mit Russland wird Schweden im Laufe dieses Jahres in Kaliningrad, einer für den gesamten Nahbereich wichtigen Region, ein Generalkonsulat errichten. Eine weitere bedeutende Region stellt

Nordwestrussland dar, in der wir unmittelbar nach der Unterzeichnung des notwendigen Abkommens zur stärkeren atomaren Sicherheit beitragen werden.

Solidarität und Zusammenwirken schaffen Sicherheit - für Staaten und Individuen gleichermaßen

Für Schweden ist die Stärkung von Sicherheit und Zusammenarbeit in unserem Nahbereich von besonderer Bedeutung. Wir nehmen aktiv an der Zusammenarbeit in der Barentssee-Region und im Ostseeraum teil, beteiligen uns an der Nördlichen Dimension der EU und priorisieren die Integration der nordischen und baltischen Staaten mit konkreten Einsätzen in der Öresundsregion. Wir unterstützen Estland, Lettland und Litauen bei der Verwirklichung ihrer sicherheitspolitischen Ziele und in ihrem Wunsch, der EU und der Nato beizutreten. Wir wollen weiterhin im weitesten Sinne zur Sicherheit der Ostseeanrainerstaaten beitragen. Die sicherheitsfördernde Zusammenarbeit stellt einen Eckpfeiler der schwedischen Ostseepolitik dar.

Die EU und die Nato bilden gemeinsam mit dem Europarat und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa das Fundament der europäischen Sicherheitsstruktur. Das Engagement der USA für Europa ist weiterhin von zentraler Bedeutung.

Die schwedische Sicherheitspolitik zielt auf die Bewahrung von Frieden und Selbstständigkeit für unser Land, auf Stabilität und Sicherheit in unserem Nahbereich und auf die Stärkung des internationalen Friedens und der Sicherheit.

Schweden ist militärisch bündnisfrei. Diese sicherheitspolitische Linie mit der Möglichkeit, im Falle eines Konflikts in unserem Nahbereich neutral sein zu können, hat sich bewährt.

Für die Zukunft ist es deutlicher denn je, dass Sicherheit mehr ist als das Nichtvorhandensein militärischer Konflikte. Die Bedrohung des Friedens und

unserer Sicherheit lässt sich am besten abwehren in Gemeinschaft und Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Auf globaler Ebene kommt dies am deutlichsten in unserer Unterstützung der UN zum Ausdruck. Durch unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Union nehmen wir teil an einer solidarischen Gemeinschaft, deren oberstes Ziel es ist, Krieg auf dem europäischen Kontinent zu verhindern.

Ein sicheres Verteidigungsvermögen ist ein zentraler Teil der schwedischen Sicherheitspolitik. Schweden setzt sich aktiv ein für die Förderung der Abrüstung und der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Während des EU-Vorsitzes trat die Regierung für eine stärkere Koordinierung zwischen EU und UN auf den Gebieten Konfliktprävention, Krisenmanagement und regionale Krisen ein. Die EU hat ein großes Potenzial, vor allem bei der Vorbeugung von Konflikten beizutragen, wo die EU aus ihrem breiten Ansatz Nutzen ziehen kann. Schweden wird sich weiterhin in der Konfliktprävention engagieren. In diesem Sommer sind wir die Gastgeber einer EU-Konferenz zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen EU, UN und weiteren präventiven Akteuren in Europa.

Die EU ist nun zur Durchführung gewisser Maßnahmen im Rahmen des Krisenmanagements bereit. Damit steht der Union ein weiteres Instrument zur Förderung von Frieden und Sicherheit zur Verfügung. Im nächsten Jahr soll die EU bis zu 60 000 Soldaten und 5 000 Polizisten für internationale Einsätze bereit stellen können. Gleichzeitig bauen wir unsere Bereitschaft zur Hilfe krisengeschüttelter Länder in den Bereichen zivile Verwaltung, Rechtswesen und Rettungseinsätze aus.

Im Zuge der gestärkten Kapazität der EU steigen die Erwartungen der Außenwelt an uns, an der Vorbeugung und Lösung von Konflikten mitzuwirken. Wir tragen eine politische Verantwortung beim Versuch, diesen Erwartungen gerecht zu werden. Die EU sollte der UN ihre Ressourcen zur Verfügung stellen. Unter

anderem sollte die EU innerhalb von 30 Tagen Truppen in Krisengebiete entsenden und damit den Zeitraum bis zum Eintreffen der regulären Truppe unter Führung der UN vor Ort überbrücken können. Dies würde der schnellen und flexiblen Kapazität entsprechen, die Kofi Annan eingefordert hat.

Globalen Bedrohungen muss mit globalen Lösungen begegnet werden

Unser Ziel ist eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen. Die Verträge über den Abbau von biologischen und von chemischen Waffen sowie über die Nichtverbreitung atomarer Waffen müssen gestärkt, ihre Einhaltung gewährleistet, und die Beteiligung aller Staaten muss gefördert werden.

Die Kernwaffenstaaten haben sich zur Beseitigung ihrer Arsenale verpflichtet. Ein Aktionsplan zur atomaren Abrüstung in 13 Schritten ist verabschiedet. Nun gilt es, ihn umzusetzen. Dafür werden wir eintreten, wenn Schweden die Verhandlungen der UN zur Stärkung des Vertrags über die Nichtverbreitung atomarer Waffen im Frühjahr leitet. Die Regierung wird den Prozess auch mit Hilfe der Koalition der Neuen Agenda voranbringen.

Die atomare Abrüstung muss unwiderruflich sein. Die Regierung begrüßt die Tatsache, dass Außenminister Colin Powell nun ein rechtsverbindliches Abkommen über eine umfangreiche Abrüstung der strategischen atomaren Waffenarsenale in den USA und Russland in Aussicht gestellt hat. Ein logischer nächster Schritt wäre der Abbau der Anzahl taktischer atomarer Waffen.

Es ist bedauerlich, dass die USA den ABM-Vertrag einseitig aufgekündigt haben und mit ihren Plänen eines Raketenabwehrprogramms fortsetzen. Dies birgt die Gefahr eines neuen Rüstungswettlaufs. Gleichzeitig ist es unannehmbar, dass China die Pläne der USA als Begründung für eine atomare Aufrüstung und Blockierung der Fortschritte im Abrüstungsbereich verwendet. Die USA müssen nun ihre Konsultationen fortsetzen und eine Lösung anstreben, die positiv zur Abrüstungs- und Nichtverbreitungsarbeit beiträgt.

Indien und Pakistan sollten dem Beschluss des Sicherheitsrats Folge leisten, die Tests mit Raketengeschossen beenden und baldmöglichst den Atomteststopp-Vertrag unterzeichnen.

Leichtwaffen fordern tagtäglich neue Opfer, in bewaffneten Konflikten und als Folge von Straftaten. Schweden und die EU setzen sich dafür ein, dass diese Waffen in besonders davon betroffenen Ländern eingesammelt und zerstört werden. Dem illegalen Handel mit Leichtwaffen muss Einhalt geboten werden.

Schweden tritt weiterhin für eine strenge Kontrolle des Handels mit Rüstungsgütern und Produkten ein, die zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen verwendet werden können. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur globalen Sicherheit.

Die Außenpolitik Schwedens baut auf Engagement und Dialog

Die ganze Welt hat sich vereinigt im Kampf gegen den Terrorismus. Gleichzeitig erkennen wir auch die Spannungen zwischen dem Norden und dem Süden, zwischen dem Westen und der muslimischen Welt.

Zur Stärkung des Dialogs zwischen Europa und den muslimischen Ländern wollen Schweden und Spanien die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Partnerstaaten im Mittelmeerraum vertiefen. Der Schwerpunkt liegt bei Jugendaustausch, Medien und Information. Ein Aktionsplan wird im April verabschiedet. Das Schwedische Institut in Alexandria und das Zentrum in Istanbul stellen einen weiteren Beitrag zum Dialog Schwedens mit den Mittelmeerländern dar. In einer breiteren Zusammenarbeit mit dem Nahen Osten und Asien will die Regierung ihre Kontakte mit muslimischen Frauen und Frauengruppen intensivieren. Die Regierung will auch hier in unserem Land den Dialog anregen. Deshalb werden wir uns im Frühjahr mit einem Buch an alle

Gymnasialschulen und Jugendverbände wenden und hoffentlich zu Diskussion und Nachdenken beitragen.

Der Friedensprozess im Nahen Osten ist ins Stocken geraten. Wir sehen erneut, wie Gewalt weitere Gewalt nach sich zieht. Israel zerstört palästinensische Häuser, führt rechtlich nicht abgesicherte Hinrichtungen durch und baut seine Okkupation aus, gleichzeitig verbreiten palästinensische Selbstmordattentäter Schrecken in der israelischen Gesellschaft. Unschuldige Menschen fallen auf beiden Seiten zum Opfer. Auf dem Völkerrecht basierende Verhandlungen stellen den einzigen Ausweg aus diesem Chaos dar. Die Parteien müssen die Gespräche über die Umsetzung des Mitchell-Berichts wieder aufnehmen. Ziel ist das Ende der Okkupation, ein Aufhören der Terrorhandlungen, die Errichtung eines demokratischen palästinensischen Staates und eine friedliche Koexistenz von Israel und Palästina. Die Palästinensische Autonomiebehörde und ihr gewählter Präsident sind notwendig für die Erzielung einer friedlichen Lösung. Die EU und Schweden sind zur Mithilfe bereit.

Schweden nimmt aktiv am großen Hilfseinsatz in Afghanistan teil. Das Land benötigt nun mehr als je zuvor unsere Hilfe. Der Beitrag der Regierung beläuft sich deshalb auf bis zu einer Milliarde Kronen für die nächsten drei Jahre. Frauen und Kindern, die am stärksten unter dem langwierigen Konflikt und der Unterdrückung durch das Talibanregime leiden mussten, gilt hierbei unsere größte Aufmerksamkeit. Das Schwedische Afghanistankomitee leistet hier unschätzbare Beiträge. Schweden nahm auch bald schon einen Platz in der internationalen Sicherheitstruppe ein. Die Stärkung der Sicherheit ist eine Voraussetzung für den Wiederaufbau dieses leidgeprüften Landes und ermöglicht den Flüchtlingen die Rückkehr.

Die vielen schwedischen Bürger, die an den zivilen und militärischen Maßnahmen in Afghanistan und andernorts teilnehmen, leisten einen wichtigen Einsatz für den globalen Frieden und die Sicherheit, und für Schweden.

Unser Engagement auf dem West-Balkan besteht fort. Wir tragen zum Wiederaufbau in allen Ländern der Region bei, engagieren uns in der Arbeit des Stabilitätspakts und nehmen mit einem Bataillon an der internationalen Truppe im Kosovo sowie mit einem kleineren Verband in Bosnien teil. Mit Unterstützung der EU nähert sich die Region einer Zusammenarbeit und europäischen Integration, wird jedoch von weiteren ethnischen Spannungen bedroht. Wir unterstützen den Dialog zur Erneuerung der jugoslawischen Föderation und zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit. Für eine langfristige Aussöhnung ist es von wesentlicher Bedeutung, dass alle Länder voll und ganz mit dem Internationalen Tribunal der UN für Verbrechen im früheren Jugoslawien zusammenarbeiten.

Wir müssen weiterhin die Beziehungen zu Afrika stärken und diejenigen Staaten unterstützen, die gemeinsam Demokratie, gute Regierungsführung und nachhaltige Entwicklung anstreben. Dies ist das Kernstück der Initiative des afrikanischen Kontinents für eine neue Partnerschaft, NEPAD. Diese gemeinsame Wertegrundlage war beim Treffen afrikanischer und nordischer Außenminister in Stockholm im Januar das Hauptthema. In Simbabwe verläuft die Entwicklung in der entgegengesetzten Richtung. Wir müssen hierauf reagieren und diejenigen Kräfte unterstützen, die für Demokratie wirken.

In Kolumbien fordert der bewaffnete Konflikt weitere Opfer unter der Zivilbevölkerung. Schweden beteiligt sich an den Versuchen zur Aufrechterhaltung des Friedensprozesses. Wir hoffen, dass die zwischen der Regierung Kolumbiens und der FARC-Guerilla geführten Gespräche im Laufe des Frühjahres zu einer Waffenruhe führen werden.

Schweden und die EU unterstützen weiterhin den Einsatz für Frieden und Versöhnung auf der koreanischen Halbinsel.

Osttimor wird sich am 20. Mai zum ersten neuen unabhängigen Staat des 21. Jahrhunderts ausrufen. Die Entwicklung des Landes zu Demokratie und

Selbstständigkeit ist ein Erfolg für die UN und zeigt, dass Engagement zu Ergebnissen führt.

Die breitgefächerte internationale Tätigkeit Schwedens erfordert nicht nur Engagement, sondern auch Ressourcen, und zwar Ressourcen am richtigen Ort. In einer sich ständig verändernden Welt muss die außenpolitische Verwaltung im Rahmen ihres vereinbarten Budgets immer bereit sein, sich den neuen Bedingungen anzupassen. Neben der Eröffnung eines Generalkonsulats in Kaliningrad bereiten wir die Einrichtung von Botschaften in der Slowakei und in Weißrussland vor. Parallel hierzu intensivieren wir unsere Tätigkeit zur Förderung schwedischer Wirtschaftsinteressen, und damit Wachstum und Beschäftigung in Schweden. Bis zum Jahr 2004 stellt die Regierung weitere Mittel in Höhe von 150 Millionen Kronen für die Förderung von Handel und Investitionen bereit. Im Zusammenhang damit planen wir die Eröffnung eines Generalkonsulats in Kanton, um uns insbesondere auf dem südchinesischen Markt etablieren zu können. Das neue kreative Schweden ist hierbei ein schlagfertiges Warenzeichen.

Frau Präsidentin!

Unsere gemeinsame Verantwortung für die Zukunft zeigt sich heute deutlicher als jemals zuvor. Im Zuge der Globalisierung schwinden die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik. Auch Gerechtigkeit, Menschenrechte, Demokratie und nachhaltige Entwicklung müssen globalisiert werden. Wir müssen in Schweden, in der EU und auf globaler Ebene für die gleichen Werte eintreten.

In diesem Jahr haben wir besonders häufig Gelegenheit, unsere Arbeit für eine globale Gerechtigkeit zu intensivieren. Wir werden die Weltkonferenzen, die neuen Verhandlungsrunden im Rahmen der WTO und die Mitgliedschaft in der Menschenrechtskommission der UN dazu nutzen.

Gemeinsam können wir Veränderungen erzielen. Gerechtigkeit und Entwicklung haben zum Aufbau des Wohlfahrtsstaates Schweden beigetragen. Gerechtigkeit und Entwicklung können auch zum Aufbau einer globalen Wohlfahrt beitragen. Gerechtigkeit und Entwicklung gehören uns allen.